

# eigentümllich frei

19. Februar 2019

Konzeptpapier der OECD zur Besteuerung der „digitalen Wirtschaft“  
**Hochsteuerländer aller Welt, vereinigt euch!**

**Auf diese Weise werden die Schwarzmärkte gefördert**

*von Henrique Schneider*



**Fördert ungewollt Schwarzmärkte: OECD**

*Bildquelle: 360b / Shutterstock.com*

Es gab eine Zeit, da setzte sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Steuerwettbewerb ein. Das ist längst Geschichte. Heute ist sie ein Regulierungs- und Hochsteuerkartell. Ihre wiederholten Forderungen, die „digitale Wirtschaft“ zu besteuern, sind gefährlicher, als man denkt.

Im Februar 2019 eröffnete die OECD eine breite Konsultation zur Frage, wie die „digitale Wirtschaft“ zu besteuern ist. An dieser Umfrage können alle, Staaten, Organisationen und Individuen, teilnehmen. Ihr liegt ein Konzeptpapier zugrunde. Dieses wurde von der OECD selber vorbereitet. Seine Inhalte sind nicht neu. Sie gehen im Wesentlichen auf die Vorschläge der EU zurück, die „Gewinne“ der „digitalen Wirtschaft“ am Umsatz zu messen und zu besteuern.

Was schlägt man konkret vor? Bei digitalen Business-to-Customer-Transaktionen sollen die Gewinne der Unternehmen an ihren jeweiligen Umsätzen – also vor dem Abzug der Kosten – gemessen werden. Die Messung und die Besteuerung sollen dort erfolgen, wo die Transaktion stattfindet, und völlig

unabhängig vom eigentlichen Sitz des Unternehmens. Zu diesen Transaktionen gehören beispielsweise jene, die über soziale Medien, Suchmaschinen oder Online-Märkte abgewickelt wurden.

Das OECD-Papier ist sibyllinisch. Es fängt mit einem Rückblick über die bisherigen Diskussionen an. Dann macht es lange Ausführungen zur Natur der digitalen Geschäftsmodelle und warum ihr Umsatz das bessere Maß für ihren Gewinn (sic!) ist. Die Katze wird erst im letzten Kapitel aus dem Sack gelassen: Es geht darum, den Steuerwettbewerb zwischen den (Hochsteuer-) Ländern zu mindern. Deswegen endet das Papier mit der ganz generellen Feststellung, Unternehmen allgemein sollten am Ort des Umsatzes besteuert werden.

### **Falsches Verständnis der digitalen Wirtschaft**

Das OECD-Papier ist ein guter Indikator für alles, was in jener Organisation schief läuft. Was früher einmal eine Kaderschmiede war, ist heute ein Hort von Vulgärökonomie. Denn eine „digitale Wirtschaft“ gibt es gar nicht. Alle Unternehmen, die ihre Sachen oder Dienstleistungen über das Internet verkaufen, haben physische Präsenzen. Ihr größter Kostenblock sind die Menschen, die das Digitale programmieren. Solange es so ist, sind diese Unternehmen dauerhaft mit ihren Standorten verbunden. Das heißt wiederum: Sie haben ganz spezifische – und teure – Kostenblöcke, die sie erst einmal aus dem Umsatz bezahlen müssen.

Das Internet ist lediglich ein Vertriebskanal, um Umsatz zu erzielen. Es gibt auch andere Betriebskanäle. Niemand würde es in den Sinn kommen, den Gewinn eines Katalogversandes am Umsatz festzumachen. Genau das sind Online-Marktplätze, Plattformen und so weiter: Vertriebswege, die von Vertriebsorganisationen verwaltet werden. Die Vertriebsorganisationen sind real, stellen reale Leute an, haben reale Kosten und bezahlen sehr reale Steuern – an ihren jeweiligen Standorten.

### **Falsches Verständnis von Steuerwettbewerb**

Das OECD-Papier irrt sich aber nicht nur im Verständnis der digitalen Wirtschaft. Es liegt falsch bezüglich seiner Aussagen zum Steuerwettbewerb. Es sagt, Wettbewerb sei fair, wenn alle die gleiche Ausgangslage haben. In Wirklichkeit hat Wettbewerb mit der Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen Dingen zu tun. Das gilt auch für den Steuerwettbewerb. Unternehmen sollten die Wahl zwischen realwirtschaftlich und steuerlich unterschiedlichen Standorten haben. Nur dann können sie abwägen und sich bewusst für oder gegen einen Standort entscheiden.

Sollten nun die Gewinne an den Umsätzen (sic!) besteuert werden, entfällt der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Standorten insgesamt. Kein Land müsste sich überlegen, wie es steuerlich günstiger oder besser werden sollte, denn die Gewinnsteuer wäre nicht mehr eine Konsequenz der unternehmerischen Entscheidung, sondern des Kundenverhaltens (das keine Firma direkt beeinflussen kann). Das Resultat: Wenn sich Länder nicht mehr anstrengen

müssen, werden sie das tun, was alle Kartellanten tun, nämlich ihre Preise – in diesem Fall, Steuern – erhöhen. Es wird im Übrigen nur eine Frage der Zeit sein, bis alle Unternehmensgewinne alleine an den Umsätzen bemessen werden.

## Falsches Verständnis der eigenen Rolle

Die OECD scheint auch vergessen zu haben, was die eigene Rolle ist. Was früher einmal eine Denkstätte für gute Wirtschaftspolitik war, ist heute ein Lakai weniger Hochsteuerländer, denen es alleine darum geht, ihr Steuersubstrat zu vergrößern. Das große Problem dabei ist: Mit dieser Denkhaltung wird die Wirtschaft gelähmt und die Steuersubstrate schrumpfen. Wer am meisten darunter leidet, sind freilich die Individuen in diesen Ländern. Ihnen werden so Wohlstand und Lebensqualität genommen.

Einen „Vorteil“ hat aber das Ganze. Je weiter die OECD und ihre Hochsteuerkartellanten ihre Ansinnen treiben, desto mehr Schwarzmärkte wird es geben. Keine Märkte sind freier als Schwarzmärkte.

---

## Anzeigen

## Kommentare

---

**Peter Mäurer**, am 19. Februar 2019 um 14:01 ( [Link](#) )

Steuerwettbewerb zwischen Standorten ist sinnvoll, wenn am Standort auch konsumiert bzw. produziert wird. Das ist bei Internetverkäufen oder Softwaredownloads etc. aber nicht der Fall.

<https://www.theguardian.com/technology/2018/aug/02/amazon-halved-uk-corporation-tax-bill-to-45m-last-year>

Bin kein Guardian-Leser, das war der erste Hit. Daß die Gewinne durch "interne Verrechnung" in Steueroasen verschoben werden, kann doch eigentlich niemand, außer der Oasenregierung und Multis bzw. Big Four (die großen Steuerkanzleien) richtig finden.

Antwort schreiben

---

© 2018 Lichtschlag Medien und Werbung KG | built and hosted by greybyte with ♥,  
Django & Bootstrap

////////